

ZUR PERSON



► Niedersachsen bricht die Gespräche über einen Staatsvertrag mit den Muslimen angesichts wachsender Kritik an dem türkischen Moscheeverband Ditib vorerst ab. Die „Rahmenbedingungen“ hätten sich in den vergangenen zwei Jahren „deutlich verschlechtert“, erklärte Ministerpräsident **Stephan Weil** (SPD). Wie in Hamburg und Bremen sollen im Staatsvertrag Regeln etwa zum islamischen Religionsunterricht oder Moscheebau fixiert werden. Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) ist wegen großer Nähe zu Ankara und Spitzelwürfen gegen Imame aber immer stärker in die Kritik geraten. Rheinland-Pfalz hatte die Verhandlungen mit Ditib bereits abgebrochen. NRW will die Zusammenarbeit fortsetzen. (dpa)

KURZ NOTIERT

Nigeria: 170 Tote nach Angriff auf Flüchtlinge

Johannesburg. Nach dem irrtümlichen Luftangriff auf ein Flüchtlingslager im Nordosten von Nigeria geht die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen inzwischen von bis zu 170 Todesopfern aus. Dies ergebe sich aus Berichten von Lagerbewohnern und örtlichen Verantwortlichen. „Die meisten Opfer waren Frauen und Kinder“, hieß es. Zuletzt war von rund 70 Opfern berichtet worden. Kampfjets der nigerianischen Armee hatten am Dienstag im Kampf gegen die Terrormiliz Boko Haram das Camp bombardiert. (dpa)

Ukraine stoppt

Mauerbau an der Grenze

Kiew. Die Ukraine hat den spektakulären Bau einer Mauer an der Grenze zu Russland überraschend eingestellt. „Es gibt keine Finanzierung für das Projekt, daher wird es im Charkiw-Gebiet nicht fortgesetzt“, sagte die Gouverneurin der Region Charkiw, Julia Swetlitschnaja. Bestehende Bauten, etwa 31 Stützpunkte der Grenztruppen, würden weiter genutzt. Das Projekt „Europäischer Wall“ sollte die knapp 2000 Kilometer lange Landgrenze zum verfeindeten Nachbarn Russland befestigen. Damit wollte die Ukraine verhindern, dass Kämpfer und Waffen für die moskautreuen Separatisten in das Kriegsgebiet Donbass gelangen. (dpa)

KONTAKT

AN-Politik-Redaktion
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-393
Fax: 0241/5101-360
an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

IMPRESSUM

Aachener Nachrichten

Überparteilich · Unabhängig
Stolberger Nachrichten, Eschweiler Nachrichten, Dürener Nachrichten, Heinsberger Nachrichten, Jülicher Nachrichten, Eifeler Nachrichten
Herausgeber: Aachener Nachrichten Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, gegründet 1872.
Chefredakteur: Bernd Matheiu.
Stellv. Chefredakteure: Erich Behrendt, Thomas Thelen.
Chef vom Dienst: Amien Idriss.
Verantwortliche Redakteure: Nina Leßenich (Online), Georg Müller-Sieczkarek, Anja Clemens-Smicek (Newsdesk), Peter Pappert (Politik), Hermann-Josef Delonge (Wirtschaft/Kultur), Claudia Schweda (Region/Lokales), Maria Enders (Karlo Clever/Freizeitseite), Christoph Pauli (Sport), Andreas Herkens (Magazin).
Verlag: Zeitungsverlag Aachen GmbH
Geschäftsführung:
Andreas Müller
Postanschrift:
Postfach 500 110, 52085 Aachen
Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.
Anzeigen: Jürgen Carduck
Druck: Euregio Druck GmbH,
Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.
Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Verschulden des Verlages, im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Entschädigung. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2017.
Der Bezug der Zeitung kann nur schriftlich jeweils zum Ende des nachfolgenden Monats gekündigt werden.
Im Abonnement- und Einzelverkaufspreis sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Für die Herstellung der Aachener Nachrichten und ihrer Bezugsausgaben wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Gegen Rechts: Auch morgen wird ein breites Bündnis gegen die AfD und andere Rechtspopulisten, die sich in Koblenz treffen, protestieren. Archiv: dpa

Wie die AfD Medien ausschließt

Le Pen und Wilders in Deutschland: Morgen treffen sich Europas Rechtspopulisten in Koblenz. Aber viele Journalisten werden von den Veranstaltern nicht gewollt. Das wirft Fragen auf.

Berlin. „Freiheit für Europa“: Das ist der Titel eines Treffens europäischer Rechtspopulisten morgen in Koblenz. Neben AfD-Chefin Frauke Petry werden dort auch Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National und Geert Wilders, Chef der niederländischen PVV sprechen. Eine Gegendemonstration von Parteien, Kirchen und Gewerkschaften ist geplant. Als Redner bei dem Bündnis gegen Rechts werden Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) erwartet.

Für viel Wirbel sorgt, dass die Organisatoren des rechtspopulistischen Treffens „alle öffentlich-rechtlichen Medien“, das „Handelsblatt“, das „Compact-Magazin“, den „Spiegel“ und die „FAZ“ von der Tagung ausschließen. Ein Eilantrag der „FAZ“ wurde gestern zurückgewiesen. Das Begehren sei unzulässig, weil der Rechtsweg zu Gerichten nicht eröffnet sei, erklärte das Verwaltungsgericht.

Die baden-württembergische AfD hat die Presse mehrfach komplett ausgeschlossen, am Sonntag soll sie zu einem Landesparteitag in Nürtingen erneut nicht zugelassen werden.

Dürfen Parteien darüber entscheiden, ob sie Medien generell zur Berichterstattung zulassen oder nicht?

Im Parteiengesetz ist die Zulassung der Medien nicht geregelt. Allerdings gehen Juristen davon aus, dass die Parteien das nicht nach

Gutdünken entscheiden dürfen. „Parteien haben aufgrund ihrer zentralen Rolle bei der politischen Willensbildung in einer freiheitlich demokratischen Grundordnung auch besondere Pflichten“, sagt der Medienrechtler Stefan Engels. Bei Parteiveranstaltungen, auf denen ein Programm verabschiedet wird oder Kandidaten aufgestellt werden, sei der Presse „zwingend Zugang zu gewähren“. Das trafe auf Parteitage zu, nicht aber auf das Treffen in Koblenz.

Wie sieht es mit einem selektiven Verbot für Medien aus?

Der Sprecher des Presserats, Manfred Protze, sieht die Parteien in der Pflicht, einen „diskriminierungsfreien Zugang“ zu gewähren. Der Medienrechtler Johannes Weberling sieht das anders: „Recht-

lich möglich ist das. Lediglich die öffentliche Hand hat die gesetzliche Pflicht nach dem Presserecht, alle Medien gleich zu behandeln.“ Ein Zulassungsverbot für einzelne Medien habe ein „Gschmäcke“, aber unzulässig sei es nicht.

Was unterscheidet eine Parteiveranstaltung von anderen Treffen?

Für eine private Versammlung, aber auch für die Veranstaltung eines Unternehmens, gelten andere Regeln als für Parteien. „Wenn es sich um eine rein private Veranstaltung handelt, sieht das natürlich anders aus“, sagt Medienrechtler Engels. Nur: Was ist eine private Veranstaltung und was nicht? „Parteien sind etwas anderes als Sportclubs oder private Vereine“, sagt Presserats-Sprecher Protze. „Die AfD müsste also darle-

gen, dass es sich nicht um eine Parteiveranstaltung handelt“. Zum Treffen laden die europäischen Rechten ENF im EU-Parlament und ihr Mitglied Marcus Pretzell von der AfD ein. Als privat lässt sich das Treffen kaum bezeichnen.

Warum macht die AfD das?

Da gibt es wohl mehrere Gründe. Insgesamt sind in der Partei vor allem die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender ziemlich unbeliebt. Es gibt aber vor allem bei Landesparteitagen auch die Sorge, einzelne Redner könnten durch unqualifizierte Beiträge das Image der Partei beschädigen. Der Stuttgarter Landeschef Lothar Maier sagte: „Es war auch die Erfahrung, dass in der Vergangenheit die wenigen negativen Momente gesendet und verbreitet wurden, die wohlwogeneren Beiträge aber nicht.“

Gibt es Auflagen für Medien auch bei anderen Parteien?

Gremiensitzungen sind bei vielen Parteien nicht öffentlich, also Vorstandstreffen, Klausuren, Beratungen der Fraktionsspitzen. Hier wird in der Regel anschließend auf einer Pressekonferenz informiert. Parteitage sind aber grundsätzlich öffentlich. Den selektiven Ausschluss einzelner Medien gibt es nicht. Beschränkungen können aber immer dadurch entstehen, dass es Platzprobleme gibt, etwa im Flugzeug bei der Begleitung eines Ministers. (dpa)

SPD und Union uneins über AfD-Überwachung

Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) fordert eine Überwachung von AfD-Politiker Björn Höcke durch den Verfassungsschutz. „An Herrn Höcke haben wir diese Woche gesehen, dass die AfD rechts-extremistische Züge hat, dass sie gar nicht so harmlos und anständig ist, wie sie sich gerne gibt“, sagte Schwesig dem „Spiegel“.

Gegen eine Überwachung sprach sich hingegen der innenpolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion, Stephan Mayer, aus. Höckes

Rede vom Dienstag sei zwar „nicht im Einklang mit der Verfassung“ gewesen, sagte CSU-Politiker Mayer der „Berliner Zeitung“. „Doch es sollte unbedingt vermieden werden, dass Höcke einen Märtyrer-Status aufbauen kann.“

Höcke hatte offensichtlich mit Blick auf das Holocaust-Mahmal in Berlin in einer Rede gesagt: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“

Mit dem Militär gegen den alten Präsidenten

Bis zuletzt hat sich der abgewählte Jammeh an die Macht in Gambia geklammert. Jetzt muss er gehen.

VON JÜRGEN BÄTZ

Banjul. Viele Staatschefs in Afrika klammern sich an die Macht. Gambias Präsident Yahya Jammeh dachte wohl, dass er genauso wie die anderen starken Männer des Kontinents damit durchkommen würde. Doch er hat sich verrechnet. Die Zeiten haben sich geändert. Nach 22 Jahren autokratischer Regierungsführung fetzt ihn die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) mit einer militärischen Eingreiftruppe aus dem Amt. Das Vorgehen ist ein deutliches Warnsignal an die anderen Machthaber des Kontinents.

In Gambia wird die Demokratie nun mit Panzern einer westafrikanischen Eingreiftruppe erzwungen: Jammeh (51) muss dem gleich alten Adama Barrow weichen, dem Sieger der Präsidentenwahl vom Dezember. Notfalls mit Gewalt. Doch wenn alles gut läuft, wird kaum ein Schuss abgefeuert werden: Die Führung von Streitkräften und Polizei hat sich bereits von Jammeh losgesagt. Einzig dessen treueste Gefolgsleute könnten noch ein Problem darstellen. Viele Ecowas-Staatschefs sind

selbst nach schwierigen Wahlen demokratisch an die Macht gekommen – etwa Nigerias Präsident Muhammadu Buhari vor zwei Jahren oder Liberias Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf 2005 nach einem Bürgerkrieg. Die beiden versuchten Jammeh als Ecowas-Vermittler zum Amtsverzicht zu bewegen. Doch der weigerte sich mit immer neuen Finten. Er wollte die Dro-

hung eines militärischen Eingreifens offenbar nicht hören, nun muss er fühlen.

Sobald Jammeh abtritt, kann Barrow damit beginnen, das Land wie versprochen nach vorne zu bringen und die Demokratie zu stärken. Ob in der Hauptstadt Banjul doch noch Schüsse fallen, wird auch davon abhängen, was Jammeh für einen Amtsverzicht ange-

boten wird. Höchstwahrscheinlich wird ihm ein bequemes Exil nahegelegt, etwa in Mauretanien oder in Nigeria. Doch soll ihm auch Straffreiheit zugesichert werden? Das wird für Barrow schwierig: Gewährt er es Jammeh, bleibt vergangenes Unrecht ungesühnt, verweigert er es, wird Blutvergießen wahrscheinlicher.

45 000 Menschen geflohen

In den Straßen von Banjul herrschte in dieser Woche gespannte Ruhe – bis zum Einmarsch der westafrikanischen Truppen in der Nacht zum Freitag: Dann begannen die Menschen in den Straßen zu feiern. Rund 45 000 Menschen waren seit Jahresanfang in den benachbarten Senegal geflohen. Sie werden vermutlich schnell zurückkehren.

Unter Jammehs autoritärem Regime sind aus Gambia jedes Jahr Tausende Menschen geflohen. In Deutschland stellte 2016 etwa 5800 Gambier einen Asylantrag. Wenn Barrow nun Erfolg hat, werden vielleicht auch sie bald wieder vom Ruf der Heimat zurückge-lockt. (dpa)



Sie greifen in Gambia ein: Senegalesische Soldaten marschierten zur Unterstützung des neuen Staatschefs Barrow ein. Foto: dpa

SPD-Basis entscheidet mit über Koalition

Berlin. Die SPD will Ende Januar nicht nur die Kanzlerkandidatenfrage entscheiden, sondern auch eine Befragung ihrer Mitglieder über Bedingungen für eine mögliche Koalition nach der Bundestagswahl vorbereiten. Aus Parteikreisen hieß es, dass bei der Vorstands-klausur (29./30. Januar) 20 Thesen für das Wahlprogramm festgelegt werden. Nach dem Mai-Parteitag würden die SPD-Mitglieder in einer dann folgenden Basisbefragung etwa drei Kernforderungen festlegen können, ohne deren Erfüllung die Sozialdemokraten in keine Koalition gehen würden.

Bereits am Montag kommt die SPD-Spitze zu einer Sitzung in Berlin zusammen, um die Klausur vorzubereiten. Viele Indizien deuten darauf hin, dass Parteichef Sigmar Gabriel bei der Kanzlerkandidatur zugreift. Gewissheit gibt es aber nicht. Umfragen zufolge hätte die SPD mit dem bisherigen EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz deutlich bessere Chancen im Rennen gegen Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel. (dpa)

Mehr deutsche Soldaten für Einsatz in Mali

Berlin. Es ist einer der gefährlichsten und größten Einsätze der Bundeswehr: In den kommenden Wochen soll die Mission im westafrikanischen Krisenland Mali ausgedehnt werden. Verteidigungsminister Ursula von der Leyen (CDU) warb gestern im Bundestag um Zustimmung zu dem neuen Mandat. Beschlossen werden soll es kommende Woche. Die Linke warnte vor einem Abgleiten des Einsatzes in einen „Krieg mit den Aufständischen“. SPD und Grüne signalisierten Zustimmung zu dem neuen Mandat, das auch eine höhere Bezahlung für die Soldaten im Einsatz vorsieht.

Das Parlament debattierte erstmals über das neue Mandat. Demnach sollen künftig im Rahmen der UN-Mission Minusma bis zu 1000 deutsche Soldaten in Mali eingesetzt werden können. Minusma gilt als die gefährlichste UN-Mission weltweit, das robuste Mandat erlaubt auch den Einsatz von Waffen. Auch von der Leyen sprach von „einem der anspruchsvollsten“ und „einem der gefährlichsten Einsätze“ deutscher Soldaten. Kernaufgabe ist die Überwachung der Waffenruhe, die im Rahmen des Friedensabkommens zwischen den malischen Konfliktparteien vereinbart wurde. Zudem soll der Einsatz zum Schutz der Bevölkerung beitragen.

Die Lage ist fragil: Bei einem Selbstmordanschlag auf ein Militärlager in Gao im Norden Malis wurden vor wenigen Tagen mindestens 70 Menschen getötet. (afp)

Übung gegen Terror findet nur am Tisch statt

Saarbrücken/Düsseldorf. Bei der für Anfang März anberaumten gemeinsamen Anti-Terror-Übung proben unter Beteiligung von NRW Polizeien und Bundeswehr Szenarien in der Theorie, es sind also keine Einsatzkräfte draußen unterwegs. Es sei eine sogenannte Stabsrahmenübung geplant, bei der ein Szenario am Tisch durchgespielt werde, sagte gestern eine Sprecherin des saarländischen Innenministeriums. Termin für die Übung, an der außer dem Saarland fünf andere Länder beteiligt sind, sei der 7. bis 9. März.

Auch ein Sprecher des NRW-Innenministeriums betonte, bei der Übung würden nur die Stäbe aktiv sein. Eine Übung in der Öffentlichkeit gebe es nicht. Es werde unter anderem auch um ein Szenario gehen, das NRW betreffe. Laut „Bild“ geht das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erstellte Szenario von mehreren Attentaten gleichzeitig aus: zwei Terroranschläge auf Schulen in Bremen, ein Sprengstoffanschlag auf einen bayerischen Bahnhof, eine Geiselnahme in Bayern, eine Bombenexplosion auf dem Flughafen Düsseldorf und ein Anschlag auf ein Konsulat in Stuttgart. (dpa)